

## SP sagt Ja zum AHV-Steuerdeal

Nach langer und engagierter Diskussion haben die Delegierten der SP Schweiz in Olten mit 148 zu 68 Stimmen dem AHV-Steuerdeal zugestimmt.

Die Unterstützung des Steuerkompromisses ist ein pragmatischer Entscheid. Für die Delegierten stand das klare Bekenntnis zur AHV und zum sozialen Ausgleich im Zentrum. Für alle im Saal war klar, dass die Unterstützung des AHV-Steuerdeals keine Zustimmung zu den weiterhin bestehenden Steuerprivilegien für internationale Konzerne des Kantons St. Gallen bedeutet. Diese Privilegien werden über kurz oder lang wieder ins Visier der internationalen Staatengemeinschaft geraten. Sie müssen weiter bekämpft werden, wie auch der Steuerwettbewerb national und international weiter eingegrenzt werden muss.

Aber die jetzige Vorlage ist ein Schritt in die richtige Richtung, ganz nach Max Webers Bonmot: „Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmass zugleich.“ Für die Annahme der Steuervorlage sprechen mehrere gewichtige Punkte:

1. Ohne die Steuervorlage auf Bundesebene ist unter den Kantonen mit einem unregelmässigen Vorgehen zu rechnen. Es besteht die Gefahr, dass Notmassnahmen ergriffen werden, um eine Abwanderung von Statusgesellschaften zu verhindern. Die reichen Kantone werden ihre Steuern weiter senken, was andere Kantone zum Nachziehen zwingt. Dies wird den Druck besonders auch auf den Kanton St. Gallen erhöhen. Die Konsequenz: Die Steuerausfälle werden deutlich grösser, und der soziale Ausgleich in der AHV geht definitiv verloren.
2. Ein besonderer Vorteil ist die Zusatzfinanzierung der AHV. Sie setzt sich aus einem höheren Bundesbeitrag von 300 Mio., aus 520 Mio. Franken Einnahmen aus den Mehrwertsteuern und höheren AHV-Beiträgen von 1,2 Mrd. Franken (0,15 Prozent je von Arbeitgeber und Arbeitnehmer) zusammen. Da die Beitragspflicht keiner Beschränkung unterworfen ist, die Maximalrente aber einen Plafond kennt, ist ein starker Umverteilungseffekt gegeben. Die Kombination von mehr Bundesmitteln und Lohnpromillen ist deshalb eine sehr soziale Finanzierung der AHV.
3. Der Steuerdeal bringt auch wichtige erste Begrenzungen des Steuerwettbewerbs im nationalen und internationalen Kontext. So wird sich die Schweiz mit der Steuerreform endlich an die internationalen OECD-Regeln halten. Ferner ist es der SP gelungen, erstmals einen Mindeststeuersatz ins Gesetz zu schreiben. Ausserdem erhalten die Kantone rund 1 Milliarde Franken über den höheren Kantonsanteil an den Bundeseinnahmen. Dieses Geld müssen sie mit den Städten und Gemeinden teilen. Das Geld, das den Kantonen bleibt, kann sowohl für Senkungen des Gewinnersteuersatzes wie auch für sozialpolitische Massnahmen eingesetzt werden.

Die SP des Kantons St. Gallen setzt sich intensiv für soziale Ausgleichsmassnahmen ein, besonders für höhere Familien- und Ausbildungszulagen und für besser finanzierte Kinderbetreuungsangebote. Die Anerkennung des sozialen Ausgleichs auf Bundesebene stärkt auch die Ausgleichspolitik im kantonalen Umfeld.

4. Schliesslich hat es die SP auch geschafft, die Unternehmenssteuerreform 11 von 2008 zu korrigieren. Das so genannte Kapitaleinlageprinzip, das es den Unternehmen erlaubt, steuerfrei Dividenden auszuschütten, wird endlich eingeschränkt. In Zukunft werden Unternehmen nur noch Kapitaleinlagen auszahlen können, wenn sie gleichzeitig einen steuerbaren Gewinn ausweisen und steuerbare Dividenden entrichten. Zugleich wird die Teilbesteuerung der Dividenden erhöht. Der Bund hebt den Steuersatz auf 10 Prozent. Die Kantone müssen neu mindestens 50 Prozent besteuern. Bisher gab es keine Untergrenze.

### Geld für die AHV

Alle genannten Änderungen führen zu einer wesentlichen Verbesserung gegenüber der Unternehmenssteuerreform III. Der wichtigste Punkt ist zweifellos die soziale Kompensation von über 2 Milliarden Franken jährlich für die AHV. Damit wird die Hälfte des Finanzbedarfs der AHV bis 2030 gesichert. Die Zustimmung zur Steuervorlage 17 ist für die Sozialdemokratie ein pragmatischer Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

Weitere Schritte zur Beseitigung des ruinösen Steuerwettbewerbs und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der grossen Mehrheit unserer Bevölkerung sind aber unabdingbar. Für diese Auseinandersetzung im Kanton St. Gallen müssen wir alle Kräfte mobilisieren.

Max Lemmenmeier.

Links.ch, 1.10.2018.

Links.ch > AHV-Revision. Abstimmung. Links.ch, 2018-10-01